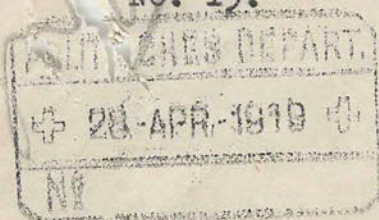


Wien, den 24. April 1919.

No. 13.



Herr Bundesrat,

Herr Alizé sagte mir neulich, die Grenzen Tschechoslowakiens seien endgiltig festgestellt, Deutschböhmen sei in dem neuen Staate inbegriffen.

Tusar der tschechische Gesandte in Wien aeusserte hierzu, sobald die ~~politischen~~ Beschlüsse über Böhmen publiziert seien, werde man den Deutschböhmen möglichst entgegenkommen, damit hänge jetzt schon die ministerielle Umbildung zusammen, er selbst trete ins Ministerium über, weil ihm deutsche und deutsch-österreichische Verhältnisse bekannt seien. Es sei vorgesehen: eine Einteilung in Kreise mit weitgehender Autonomie; den Kreisen werde man die Wahl der Beamten zuerkennen, sowie grösste Sprach- und Schulfreiheit.

Ein Grossgrundbesitzer (Fürst Kinsky), der wenig Politik treibt, dessen Güter aber in Deutschböhmen liegen, meinte man werde sich rasch darein finden zu Tschechien zu gehören, man müsse sich jetzt nicht mehr widersetzen, es sei sinnlos man müsse vielmehr nur noch trachten, den Deutschen die grösstmöglichen Freiheiten zu sichern. Demselben Gedanken verlieh Bärenräuther Ausdruck, indem er bemerkte, wenn der erste Schützengraben verloren sei, müsse man sich auf den 2ten zurückziehen, d.h. wenn der Anschluss an Deutschland nicht möglich, müsse man für ~~die~~ <sup>die</sup> Unabhängigkeit innerhalb des tschechischen Staatsverbandes arbeiten.

Der einstige Landesverweser der Sudetenländer <sup>Fürst</sup> schilderte die Entwicklung der deutschen Frage in diesen Gebieten folgendermassen: Beim Zusammenbruch im Herbst seien zuerst die

An das schweizerische Politische Departement  
Abteilung für Auswärtiges, B e r n .

48

BAR

Dodis





slawischen Teile vorder Monarchie abgefallen und, während die Deutschen unverändert unter der Beamtenschaft des alten Regimes geblieben seien, hätten sich die Slawen sofort der Prager Regierung angeschlossen. Zuerst sei die Parole ausgegeben worden: die Deutschen möchten sich selbst verwalten, man werde sich nicht einmischen. Die Chicanen hätten dann aber bald angefangen. Zuerst, indem man völlig directionslos geblieben sei und auf keine ~~Anfrage~~ Anfrage Antwort erhalten habe, dann durch allerlei militärische Massnahmen, die sich bald vermehrten, ja direkt zu Zwangseinquartierungen wurden, so dass z.B. das 30,000 Einwohner zählende Troppau 7000 Mann <sup>Besatzung</sup> dauernd erhielt. Die ~~Einquartierungen~~ <sup>Einquartierungen</sup> seien auf Grund des Waffenstillstandsvertrages mit der ~~Okkupation~~ <sup>Okkupation</sup> strategisch wichtiger Punkte motiviert worden. Bald nach der Besetzung seien dann jeweilen sämtliche Beamte in Pflicht genommen worden. In Mähren habe man aus der Administration alle Deutschen entlassen. Auf historische Rechte sei im Einzelnen keine Rücksicht genommen worden. So sei viel hundertjährige Autonomie gewisser Städte, <sup>wie</sup> das Recht zur Wahl des Bürgermeisters etc. völlig ignoriert worden. In einer Stadt, die keine 10 Tschechen unter ihren Einwohnern zählte, sei die städtische Magistratur in folgendem Verhältnisse eingesetzt worden: 10 Deutsche, 12 Tschechen und obendrein 2 Juden (die vorsichtshalber mit den Tschechen zu stimmen pflegen.) <sup>Häufige</sup> ~~häufige~~ Erschiessungen, rohe Anwendung von Prügelstrafe aus nichtigen Gründen (beispielsweise Exekution an einem 12 jährigen Jungen wegen Tragens einer Krawattennadel mit Kaiser Franz Josephs Bildnis), mit vielen Einzelfällen belegte Rücksichtslosigkeit habe es vermocht, die Anfangs wenig deutschfreundliche Bevölkerung <sup>recht eigentlich</sup> ~~nach~~ nach Deutschland hinein zu drängen, so, dass heute schon eine heftige Irredenta bestehe.

Fürer, der mir einen etwas verbitterten und doktrinären Eindruck machte, äusserte sich über die unbeengte Stellung der deutschen Bevölkerungsteile im neugebildeten ~~tschech~~ Staat sehr skeptisch. Er meinte eine der Grossmächte, etwa Amerika, müsste sich speziell für die Durchführung und Garantie dieser Freiheiten einsetzen, sich gewissermassen eine Ehrensache daraus machen; den Einfluss des zukünftigen Völkerbundes schien er wegen der unausbleiblichen Interessekonflikte zwischen den einzelnen Gliedern etwa so hoch wie denjenigen des Haager Schiedsgerichtes anzuschlagen. — Schluss Fürer.



3.

25 April. — Hinter dem Nationalismus der neuen Staaten steht selbstverständlich immer noch die Furcht vor dem sozialen Zusammenbruch.

Jedoch schon die relativ geringe Anstrengung, die die Entente durch das Vorrücken einiger rumänischer Divisionen machte, brachte die allgemeinen kommunistischen Chancen bedenklich ins Wanken. Dauert der Vormarsch an, so ist mit Sicherheit anzunehmen, dass das Regime Bela Kuns fällt. Ein Führer der ungarischen Gegenrevolution kam heute von Belgrad zurück, er hatte dort Gelegenheit mit den Franzosen zu reden. Die franz. Offiziere, meist konservative Leute, schienen ihm ganz auf Seiten der bürgerlichen Partei zu stehn, ja sie würden selbst, wie es ~~schien~~ <sup>ihm</sup> schien, gerne gegen den Bolschewismus vorgehn und bedauern keine Instruktionen aus Paris zu haben. Sie erklärten, dass sie einem sich bildenden ungarischen Freikorps Lebensmittel verschaffen würden, und auch Waffen würden sich "finden". Aus bester Quelle erfahre ich hierzu noch, Franchet d'Espéray habe sich zu einer Initiative der Bürgerlichen sehr günstig geäußert, und er habe den ungarischen Konterrevolutionären geraten eine Gegenregierung aufzustellen, mit der die Franzosen dann verhandeln und die sie decken könnten. Das verfrühte Vorgehen der Rumänen erschien meinem Gewährsmann als eher ungeschickt. Es sei für die ungarischen Patrioten schwer mit Hilfe des verhasstesten Feindes einen Umschwung zu machen.

Die prekäre <sup>e/</sup> Pster Situation und die verzerrten <sup>r e</sup> Vorgänge in München haben hier deutliche Nachwirkungen. <sup>u. auch</sup> Die Drohung der Entente mit Nahrungsmittelentzug hat ~~stark~~ stark gewirkt. *Die kommunistischen Chancen nehmen auch in Wien ab. Heute soll es nochmals zu einem Putsch kommen.*

Der letzte Putsch in Wien mislang nicht nur wegen der geringen Teilnahme der Bevölkerung, der vergeblichen Hetze der Kommunisten und der trefflichen über jedes Lob erhabenen Haltung der alten städtischen Polizei, sondern, was überraschend und erfreulich war, vor Allem wegen des Eingreifens der Volkswehr. Es hat zwar dieselbe Truppe, die das Parlament befreite, auch mehr oder weniger das Parlament geplündert, unter anderm das Leder von den Clubsesseln genommen, aber sie ist marschiert. Vorgestern sorgte sie wieder für die Sicherheit der Stadt und



4.

wird es wohl auch heute tun; denn es vollzieht sich die eigenartige Entwicklung, dass die unzuverlässigen und wildgewachsenen Bestände der Wiener Volkswehr sich immer mehr als eine Art Leibgarde hinter Deutsch stellen. Nur 3 Bataillone sind auch für den Staatssekretär unsicher und mit deren Entwaffnung wurde begonnen.

Deutsch, der aus dem Arbeiterstand stammt hat sich autodidaktisch bis zur Universität durchgearbeitet und hat seine Studien abgeschlossen. Im Beginn seiner Tätigkeit am Staatsamt begieng er einen Fehler. Er liess den hauptsächlich aus der Etappe entlassenen weiblichen Hilfskräften ziemlich hohe Verabschiedungssummen auszahlen. Diese Hilfskräfte waren aus vielen Gründen, vor allem wegen ihrer Beziehungen zu den Offizieren sehr unbeliebt. Vor Allem aber verlangten sogleich nun die von der Front zurückgekehrten Soldaten gleich hohe oder höhere Entschädigungen; und als der Staat erklären musste, die Riesensummen, die ~~hieraus~~ hieraus entstanden wären nicht zahlen zu können, entlud sich die ganze Misstimmung auf Deutsch. Die Sache wurde in der Folge vom Vollzugsausschuss der Soldatenräte geschlichtet. Deutsch gestand seinen Fehler offen ein und alle tüchtigen und vernünftigen Elemente schlossen sich ihm an; nun ist diese Frage der Abfindung ein Postulat der Kommunisten geworden.

Die Italiener haben den successiven Abbau der Volkswehr verlangt. Wie die Demarche erfolgte, betrug die Stärke dieser Truppe in ganz Deutschösterreich 50,000 Mann; jetzt soll sie auf 1/5 des Bestandes gesetzt werden. Die Tendenz ist nun, wegen der Gefahr der Beschäftigungslosigkeit, die ~~Truppe~~ Leute zusammenzubehalten, sie zu entwaffnen und in Form von Arbeitsbataillonen zu verwenden. Grosse Unternehmungen sind vorgesehen, so Flussregulierungen und Abbau des Wiener Brückenkopfes. Praktisch wird alldies schwer durchführbar sein, da der Krieg zur Arbeitsunlust <sup>2</sup>erzog und ausserdem die Volkswehr viel qualifizierte ~~Arbeiter~~ Arbeiter enthält. Diese Letzteren sind übrigens an und für sich ein Ordnungselement, darum wurden sie der Truppe möglichst beibehalten. Unzuverlässige hat man in den letzten Monaten immer mehr ausgeschaltet.



5.

*mobil bleiben*

Aus den 10000 Mann Volkswehr, die ~~nationalistische Truppen~~ will man jetzt eine Art Instruktionkorps machen für die Miliz, die man nach schweizerischem Muster aber auf sozialistischer Grundlage auszubilden plant. Es sollen vierteljährlich 23,000 Mann Miliz unter Waffen stehen. Die Schulung der Mannschaft soll zugleich einen Unterricht zum sozialistischen „Staatsgenossentum“ einschliessen. Die Volkswehr fürchtete immer etwas die bewaffneten Bauern und zum Beispiel die 10.000 Mann „sozialistische Besatzung“ die in Innsbruck stand, konnte entschieden bei einem Ueberfall der Tiroler in eine schwierige Lage kommen.

Einen Ausgleich zwischen Bauernschaft und Sozialisten sollte der Vollzugausschuss der Soldatenräte bilden. Dieser war zu  $\frac{1}{2}$  Hälften aus Vertretern der Volkswehr und aus Vertretern der liquidierenden k.k. Armee zusammengesetzt.

Der Vollzugausschuss bewährte sich, die eigentlichen Soldatenräte, gewissermassen die Urversammlungen ~~bewährten~~ bewährten sich dagegen nicht. Sie majorisierten prinzipiell die Offiziere, hiebei gab es keine sachlichen Erwägungen und ausserdem wurden die Beschlüsse von der Truppe keineswegs respektiert.

Im Ganzen scheint man dem Verschwinden all dieser aus der Zeit des Zusammenbruches stammenden Einrichtungen nicht mit Bedauern entgegenzusehn. Am wenigsten werden ihnen die leitenden Stellen nachtraern.

Man spricht hier davon, Wien befinde sich im Zustande des schleichenden Kommunismus und das sei viel schlimmer als der akute. In Wirklichkeit aber sind die Vorgänge, die diese Annahme zu berechtigen scheinen, wie die Enteignung der Paläste und dergl. eher als eine Schutzmassregel gegen die zu weitgehenden Ansprüche des Volkes anzufassen. Renner ist sehr bestrebt sich sozialistisch zu rehabilitieren. Eine Zeit lang litt er Gefahr in den Ruf der Laune zu kommen. Er aber und Deutsch zeigen immer deutlicher einen gewissen Kontrast zu Bauer u. zw. entschieden weil sie zu der schillernden Persönlichkeit dieses Mannes das ~~Vertrauen~~ Vertrauen verloren haben.

In meinen Beilagen gestatte ich mir Ihnen im Zusammenhang mit der Anschlussfrage einen Artikel der „Reichspost“ zu übermitteln. Herr v. Eisner der Herausgeber des „Sonntag“ bittet



6.

nich Ihnen einige Exemplare seines Blattes zuzustellen, interessieren wird Sie der von M.Allizé inspirierte Artikel in Nr.16. Endlich <sup>lege ich</sup> ~~ein~~ ein Interview Allizés über die Friedensbedingungen ~~in~~ bei .

Genehmigen Sie, Herr Bundesrat, die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung.

Der schweizerische Gesandte :

C.D. Jourcart.

1 Beilagen.

x 2 Copien